

# Sallische Zeitung

vorm. im G. Schwesfche'schen Verlage. (Sallischer Courier.)

Interessengebühren für die fünfjährige Zeit oder deren Rest für Halle u. Magd. 10 Thlr. 15 Sgr. 6 Pf. für die halbjährige Zeit 5 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf. für die vierteljährliche Zeit 2 Thlr. 15 Sgr. 6 Pf. für die monatliche Zeit 1 Thlr. 15 Sgr. 6 Pf. Anzeigen am Ende des Monats 10 Sgr. pro Zeile von 10 W.

Abonnements-Preis per Quartal 3 Mark Die Sallische Zeitung erscheint wöchentlich in vier Ausgaben Vormittags 11 1/2 Uhr, in zweier Ausgaben Nachm. 5 Uhr. Preis pro Verbindung mit Berlin u. Leipzig 1 Mark 15 Sgr. 6 Pf. Nr. 158.

Nummer 13.

Halle, Mittwoch, 16. Januar 1889.

181. Jahrgang.

## Halle, 15. Januar.

### Die Thronrede

berührt, ehe sie sich den besonderen Aufgaben der bevorstehenden Landtagssession zuwendet, zwei Punkte von allgemeiner ganz Deutschland betreffender Bedeutung. Mit lebhafter Genehmigung wird der Ausdruck festen Vertrauens auf die fernere Erhaltung des Friedens, wie sie der Gegenwart unablässiger und persönlich betätigter Fürsorge Sr. Majestät des Kaisers ist, überall im deutschen Reich, aber auch, wo immer nicht Leidenschaft das Urtheil fällt, außerhalb der Grenze Deutschlands begrüßt werden. Nicht minder Genehmigung werden das deutsche Volk und mit ganz besonderer Befriedigung die Anhänger der Politik des Schutzes der nationalen Arbeit den Hinweis auf die erfreuliche Hebung der wirtschaftlichen Lage der Industrie und der arbeitenden Bevölkerung begrüßen. Für die letzteren liegt ohne Zweifel eine besondere Bedeutung darin, daß als die Periode, für welche an der Hand des Sparfahnenverkehrs jene erfreuliche Erscheinung konstatiert wird, die Zeit seit dem Einsetzen in die Bahnen der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik und Zollpolitik gewählt ist. Waren es doch am 15. December v. J. gerade zehn Jahre, seit Friedrich Bismarck in dem bekannten Decemberbericht die Wegweisung des Uberganges zu dieser Politik kundgethan hat.

Mit Recht wird in dem hieran anschließenden, die speziell preussischen Angelegenheiten und die Aufgaben der Session betreffenden Abschnitten darauf hingewiesen, in wie weitem Umfange die glückliche Entwicklung der preussischen Finanzen die Erfüllung von Wünschen gestattet, in denen sich die Regierung mit der Landesvertretung längst begangene, deren Ausführung aber die Knappheit der vorhandenen Mittel verhinđerte. Die Aufsehtung der Geschäfte der Geistlichen und Lehrer, die Befestigung der Rekrutenbeiträge der letzteren, die Ermäßigung des Zinnsfußes, Nachsicht und Mißthatspess und vor Allem die weitere Erleichterung der Volksschulkosten, die sachlich und finanziell weitaus bedeutsamste unter diesen Maßnahmen, bilden ein reiches Bonquet nimmend der Erfüllung sicherer gemeinschaftlicher Desiderien des Landes wie der Regierung.

Aber auch in der Aufzählung der Vorlage eines Einkommensteuergesetzes bewegt sich die Thronrede nach den mehresten Wünschen des Landtags und insbesondere des Volksprogramms, auf Grund deren die letzten Wahlen sich vollzogen haben, in Uebereinstimmung mit den Wünschen und Erwartungen des Landes. Der Nachdruck, mit welchem die vollständige Bewahrung des Staatsbahnsystems hervorgehoben wird, ist bezeichnend gegenüber den mannigfachen Angriffen, welche dasselbe in letzter Zeit ausgesetzt war; die angeführten Vorlagen werden dem bewährten Leiter der preussischen Staatsbahnverwaltung Gelegenheit geben, den begünstigten Satz der Thronrede näher zu begründen. Die Erweiterung des Postdienstgesetzes auf die Bewohner des schlesischen Gebietes und die Einföhrung der Landesverwaltungsgesetze in Polen vervollständigt die nationale Reihe gesetzgeberischer Arbeiten, welche gleichwohl das gelegentliche Bemühen der Session schon völlig zu erschöpfen. Wie zweifellos fernand nicht, daß die letzte Reichstags-Sitzung, mit welcher die Thronrede in dem Reich den Landesvertretung aufgenommen ist, sich dem ganzen preussischen Volke mittheilen wird.

### Aufstand in Ostafrika.

Dem Reichstage ist eine Fortsetzung des Weißbuchs über Ostafrika zugegangen, worin eine Reihe von Aktenstücken — überwiegend Berichte des Generalconsuls Dr. Michahelles über den Stand der aufständigen Bewegung — enthalten sind. Besondere Aufmerksamkeit über die Lage und die Ereignisse, welche sich seit der Ausgabe des letzten Weißbuchs abgespielt haben, darf man darin indessen nicht suchen. Dasjenige, was am meisten interessiert hätte, die Schilderung der Kämpfe gegen den Führer des Aufstandes, den arabischen Sklavenhändler Sulistiri, der, wie man sich erinnert, Bagamoyo angriff, aber gänzlich auf's Haupt geschlagen und zum Nitzunge gezwungen wurde, dabei auch seine Kanone eroberte, mit der er ein Feld geräud war, fehlt in der Sammlung. Sie enthält nur die Berichte über seinen Abzug von seinem Stützorte Bagamoyo zu dem Zuewe, um die noch nicht vom Aufstande ergriffenen Teile von Ostafrika in denselben einzuziehen, auch einige Mittheilungen über Rekognoscierungsfahrten der deutschen Kriegsschiffe nach den bedrohten Punkten, mit denen gleichzeitig die Küstlich verbunden wurde, das Fortzeug abzuschießen, auf welchem Sulistiri sich zur Anlandung des Aufstandes von Bagamoyo hindurch aufgemacht hatte und worauf er auch seine Kanone misföhrte. Leider ist dieser Zweck nicht erreicht worden. Sulistiri hatte einen Zeitortwurf von mehr als 5 Tagen, der es ihm gestattet, noch früher an's Land zu gehen, als das deutsche Kriegsschiff seiner ansichtig geworden war. Als daselbst sich in der Höhe des Küstenortes Windi zeigte, besahen die dort verammelten Aufständigen, mit denen sich auch die 800 Bewohnern des Buschiri befanden haben, die Fregatte, mit ihrer Kanone auf das Schiff zu feuern, worauf das letztere auf die schon einmal — zu Ende October — beschlossene und theilweise erfüllte Stadt ein kurzes Bombardement eröffnete, dem die Aufständigen indessen mutwillig Troz boten. In Folge dessen sandte der Befehlshaber des Geschwaders eine Matrosen-Abtheilung an das

Land, vor der die Eingeborenen nimmend die Fregatte ergreifen. Windi wurde dann eingenommen und die Schiffe lebten darauf nach Bagamoyo zurück. Die Korvette „Sophie“ machte noch eine Rekognoscierungsfahrt nach Saadani, wohin Sulistiri sich ebenfalls zu wenden die Absicht geäußert hatte. Hier zeigte sich zahlreiche Truppe von Aufständigen am Lande, die augenscheinlich militärisch organisiert waren. Als die „Sophie“ mehrere Boote ansendete, um die am Lande liegenden Schiffe zu untersuchen, ließen die Aufständigen dies ruhig geschehen; aber nach beendeten Geschäft riefen sie auf die zurückkehrenden Boote ein heftiges Feuer, das von diesen an den Revolvergeschüssen erwidert wurde. Verwundungen schienen auf deutscher Seite dabei nicht vorgekommen zu sein. Die „Sophie“ langte am 29. November wieder vor Sansibar an. In Bagamoyo war bis dahin Alles ruhig geblieben, der Angriff Sulistiri's erfolgte später.

Von besonderem Interesse dürfte der nachfolgende Bericht des Generalvertreters der Ostafrikanischen Gesellschaft in Sansibar sein. Herr Konrad A. D. Bohlen schreibt der Direktion in Berlin folgendes:

Sansibar, den 18. November 1888. Verschiedene Unterredungen, die ich mit Suliman ben Yabir, dem interimsweisen Wali des Sultan in Bagamoyo, den ich zur Zeit hier befindet, habe mit Abdul Kabir, einem einflussreichen Araber und Sklavenhändler von Windi und einem General der Ostafrikanischen Gesellschaft, die ich ebenfalls in Windi nach Frieden bei den Aufständigen oder besser gesagt bei den Ueberbenden des Aufstandes, den Arabern, ich immer mehr bemerkbar macht und doch man gern zu einem Verräther fähig, doch nicht über die Politik nach eine Zeitlang hieran zu mir zu erweisen werden der Sultan erwidert ihren Verlangen gemäß bereit, sich an mehreren Bemühungen zu betheiligen. Man glaubt arabisiertes annehmen zu dürfen, die Gesellschaft würde sich mit der Verwaltung der Güter durch Suliman an der Küste betheiligen, sich mit einer Verwaltung durch monatliche Inspektionen begnügen und die ganze Verwaltung in der Station Sansibar centralisieren. Würde die Gesellschaft auf einen derartigen Vorstoß eingehen, und wie der Sultan und meine Bekanntschaften immer vorliegendem Bericht auf die Wirkung durch den Vertrag der übertragene Rechte lassen, so würde der Aufstand des Friedens nichts mehr im Wege, und die Gesellschaft würde als Verwaltung der Güter von den Bewohnern der Station anerkannt werden. Ich habe es für meine Pflicht, diese Ansichten der Gesellschaft zur Kenntnis zu bringen, da sie von Nutzen seien, wie sehr die Araber sich bedroht sind, den ganzen Aufstand in Händen zu haben, und wie es einzig von ihnen abhängt, denselben bezuzugeln. Sie wollen nicht an's Land gehen und keinen Handel mit der Bevölkerung der Schwarzen, wollen den Handel in ihren und der Araber Händen monopolistisch erhalten, und sobald diese Bedenkens erreicht sind, tritt das fremdschiffliche Verhältnis mit dem deutschen Gebiet in Verbindung, und es wird die sogenannte religiöse Fanatismus als das, was er von Anfang an war, eine Finte, um die wahren Ursachen des Aufstandes zu verdecken, als ein Vorwand, die Rekognoscierung zum Aufstand gegen die Gesellschaft zu veranlassen. Unter allen Umständen ist es nöthig, daß, wie irgend etwas von der Generalverwaltung unternommen wird, um eine Einigung mit dem Sultan und der Arabenbevölkerung zu erzielen, sie genau von den Ansichten und Wünschen der Direktion in Berlin unterrichtet wird, daß ein solches Programm vorliegt, dann, nur dann, ist es möglich, in Verhandlungen sich einzulassen, wenn siebelfertig gearbeitet werden kann. Vorstehende zu machen oder auf Vorstehende des Sultan oder der Aufständigen vor dem Eintreffen befindlicher Nachrichten über die Haltung der Station und Stellung meiner Untergebenen in Bagamoyo, wäre verfehlt, und werden ähnliche Verhandlungen notwendig; erzie durch solche verfehlte Abmachungen ungenügend beeinflusst werden. So ist für die Generalverwaltung die vorliegende Verhandlung des Sultan zu geschelten und die Aufsicht auf die Station, Verwaltung und die Administration der beiden Klüfte Dar-es-Salaam und Bagamoyo auf Grundlage des Vertrages bis auf Weiteres beizubehalten. Aufständische Uebel und einschüßliche Verhältnisse zum Annehmen der Stationen der Gesellschaft für eventuelle Unternehmung durch Vorsehung zu gewinnen oder mögliche Verloren an dem Wege räumen zu lassen, kann und wird ihre Politik nicht sein, zumal nicht bei ihrer, der Generalverwaltung, Aufklärung von der Besonnenheit des Sultan an die Vorkäufe, seinen Vertragsverpflichtungen nachzukommen. Ferner ist es, ohne eine klare Einsicht in die Politik zu haben, welche das Reich durch den Generalconsul hier vertritt, irgend etwas vorzunehmen. Sie müßte sich dazu verstehen, dem Generalconsul ohne irgend welche Garantien des Reichs als gültiges, willkürliches Werkzeug in die Hände zu liefern und mit sich geschieden zu lassen, was seinen Sinn aufhebt. Sie müßte es wagen, sich eventuell einfach bei Seite zu ziehen zu lassen, falls er sich vertheilt oder es der Regierung nicht mehr begehrt. Das kann sie nicht. Sie kann nur dann ihre Thätigkeit wieder aufnehmen, nachdem eine Einigung zwischen der Regierung und der Bevölkerung der Stationen der Gesellschaft für die beiden Küstenpolen, deren Träger sie bis heute war, erzielt und festes und klares Programm niedergelegt ist.

### Vermischte politische Mittheilungen.

\* Der Kaiser wohnte gestern in der Schloßkapelle dem der Landtagseröffnung vorausgehenden Gottesdienste und demnach der Landtagseröffnung selbst bei. Später nahm der Kronrath noch mehrere Vorträge entgegen und erledigte Regierungsangelegenheiten.  
\* Die Kaiserin Friedrich traf am 11. d. Mts., begleitet von ihren drei Töchtern, von Osborne kommend, in London ein und liegt im Victoria-Bahnhof ab. Am Sonntag besuchten sie die Vertheilung des Landtags, die in dem nachgelagerten Besuche des Prinzen und der Prinzessin von Wales. — Prinz Heinrich wird, wie der Kronprinzener Nationaltheater aus Berlin gemeldet wird, sich zur Einreise an der Seite des kaiserlichen Königs Kaiser von Schweden nach Stockholm begeben und auch an einigen Tagen theilnehmen.  
\* Die in Braunschweig mit Bezug auf den Herzog von Cumberland in Umlauf gefahren Gerüchte werden von der „Nordd. Allg. Ztg.“ auf die „hergebrachten weltlichen Intrigen und Spinnwebereien“ zurückgeführt.

\* In der gestrigen Sitzung der Budget-Commission des Reichstags theilte Staatssecretär von Walpurg auf Anfrage des Referenten v. Wedell mit, daß man noch nicht bestimmt sagen könne, ob die internationale Zuckerconvention zu Stande komme.

Deutschland bereit alles für diesen Fall vor, werde aber nur dann einen Beitritt anrecht erhalten, wenn es die Uebereinstimmung gesehe, daß das Uebereinstimmen allseitig erfolgen würde. Die Uebereinstimmung aus der Uebereinstimmung wird mit den eingetragenen Beträge von 135 1/2 Millionen bewilligt, es werden aber an die Verwaltung eine große Zahl von Klagen in Bezug auf die Wirkung des Gesetzes von Seiten der Abg. Dr. Barth und Dr. Böttke über die durch den Bundesrat eingeföhrte Abänderung der Verordnungsregeln angefaßt. Die Abg. Dittus und Kalle bestritten insbesondere die Wände der kleinen Bienen in Baden, Kföb und im Großherzogthum Hessen. Die kaiserliche Commission des Etats der Güter, Betriebsausgaben und Aemtern, sowie der Einnahmeausgaben werden diskussionslos bewilligt.  
\* Die Ueberricht der Geschäftsbürokratie des deutschen Reichstags in der 2. und 3. Session der 7. Legislaturperiode (1887/88) ist in der 1. Session der 8. Legislaturperiode bearbeitet, erwidern.

\* Die Einnahme an Wechselsteuereinnahmen in Deutschland für die Zeit vom 1. April bis 31. December betrug nach amtlichen Ausweisen 615,800 Mark, 24,800 Mark mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres betragen.  
\* Die Aufschüßigung und die Plenarversammlung des deutschen Handelsstages finden am 13. bezw. 14. Februar d. J. und nicht, wie anderweit gemeldet wurde, am 14. bezw. 15. Febr. statt.

\* Bei der Reichstags-Eröffnung in Breslau für den verstorbenen Abg. Krüder wurden abgegeben für den Schiedsrichter Köhn (Soz.) 7799, für den Stadtrichter Friedländer (frei!) 5533, für den Kaufmann Thode (Cartellpartei) 4585 Stimmen, für den Stellmacher Köhn (Sozialreform u. Kr.) 1481 St. Sonach findet zwischen Schiedsmeister Köhn und Stadtrichter Friedländer eine Stichwahl statt.  
\* Nachdem Fürst Bismarck am Freitag über die ostafrikanische Vorlage mit dem Abg. v. Harnitz und Dögelhauser und dem Hauptmann Bismarck konferirt hatte, fand gestern über denselben Gegenstand eine Besprechung des Kanzlers mit einigen leitenden Mitgliedern des Reichstags statt.

\* Der Gegenstand betreffend die Verwaltungsreform in der Provinz Posen, welcher in der Thronrede erwähnt ist, hat den Herrenhaus bereits zugegangen.  
\* Von früheren Abgeordneten mit bekannteren Namen kehren in das nach dem Verweihen am Montag zusammengetretene Abgeordnetenhaus nicht wieder von der Centrumspartei: Spahn, Dr. Peters, Giers; von den Konservativen: v. Wilmigrode, v. Seyden-Kabow, Schreiner, Landgraf v. Gerlach; von den Nationalliberalen: von der Bröke, Hagens, Dr. Kator, Weß-König, Dr. Schäfer; von den Freikonserativen: Wagner, Kneemann, v. Bitter; von der freikonserativen Partei: Hülst, Max Meyer, Feigler, Hübendorff, Wozniak, Friedrich, Schneider-Wiskabau, Feuch; von den Liberalen: Schlegel. — Als neue Abgeordnete sind zu nennen der freikonserativen Partei: Goldschmidt, Lange, Kerke, Reutlich, Köstlich; bei den Freikonserativen: v. Radowitz und v. Knedell; bei den Nationalliberalen: Ripert-Marienfels, Sombart, Konrad Weber, Friedrichs-Rumlich; bei den Konservativen: der Bruder des früheren Ministers Regierungspräsident Besto v. Bittfomer.

\* Bei dem Beschluß des Reichsgerichts in Sachen Gessien haben folgende Mitglieder des Reichsgerichts, welche den ersten Strafenat bilden, mitgewirkt: Bernz, von West, von Suedt, von Buri, von Bonhard, Hoff, von Leng. — Soviel uns bekannt ist, sagt die freikonser. Ztg., der wir diese Notiz entnehmen, sind diese Herren sämtlich Sittendiebe.

\* Zur Sechsten-Anngelegenheit wird den den Deutsch-Freikonserativen sehr nahe stehenden „Neufl. Rache“ in München von dort von „sehr geehrter“ Hand geschrieben:  
„In den Ausführungen des Vertreters des Herrn Gessien, des Herrn Dr. Albert Wolfson in Hamburg findet sich 1. folgende Stelle:  
Die Aufhebung des Gerichts, das dem Angeklagten des Verweihen, daß er zum Schaden des Reichs Nachrichten veröffentlicht habe, geschähe hat, bedarf weiterer öffentlicher der Erwägung, daß mit der qualifizierte Diplomat in Grundbesitz, diejenige Befahren, welche der Reichsanwalt in der Vertheilung nicht zu erkennen.“

Obne den Bericht des „qualifizierte Diplomat“ eines Minister unterlassen zu wollen, daß der Verfasser dieser Zeilen für verpflichtet, auf Grund genauer Kenntnis der Verhältnisse folgende Thatfachen zu konstatieren, deren allgemeines Bekanntwerden aber richtigen Beurteilung des Falles wesentlich beitragen dürfte, nämlich: 1) daß gewisse Stellen in dem vertheilten Buch, die sich auf den Reichs- und Reichsminister in den Kriege von 1870 mit Verweihen auf's Engste verbunden Staaten nicht bloß einen äußerst ungenügenden Eindruck gemacht haben, sondern auch geeignet waren, das bundesverträglich und völkerverträglich Verweihen zur preussischen Politik zu trennen; 2) daß die entsetzliche und schroffe Stellungnahme der kaiserlichen Regierung gegen jene Publication die berechneten ungenügenden Einbrüche allerdings in der berechneten vollkommenen Weise beseitigt und die Gerüchte zu vermeiden hat, daß die an Landbesitzungen wieder im kaiserlichen Sinne und in der preussischen und Reichsregierung irgend welchen Rückhalt haben.“

Schweiz. Sonntag wurde im Kanton Zürich bei schloffen Wahlkampfe für den Reichstagswahl mit 30 000 Stimmen der demokratische Kandidat Hans Bäumli gewählt, auch der demokratische Kandidat Hans Bäumli wurde gewählt, auch der demokratische Kandidat Hans Bäumli wurde gewählt.





